

## „Funkstille ..... im Digitalfunk?“

**Die EU hat die Abschaffung des analogen Polizeifunks vereinbart und zielstrebig auf die Einführung des Digitalfunks hingearbeitet. In fast allen Ländern in Europa, außer in Albanien und Deutschland, wird der Digitalfunk betrieben. 2010 soll endlich auch in Deutschland ein digitales Funknetz entstehen und für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zur Verfügung stehen.**

Bis dahin gilt es noch große Hürden zu überwinden. Eigentlich sollte die Bahn-Tochter DB TELEMATIK den Auftrag ausführen. Aber in der letzten Innenministerkonferenz 2006 stellte man fest, dass das Angebot der DB TELEMATIK zum Betrieb des Digitalfunknetzes inhaltlich und preislich nicht tragfähig und verhandlungsfähig ist. Mehrfache Korrekturen des Anbieters wurden ebenso abgelehnt wie das Angebot eines fünfzehnjährigen Netzbetriebs für 5,1 Milliarden Euro. Nun müssen Bund und Länder bis März 2007 über ein Alternativprogramm verhandeln. Dazu hat der Lenkungsausschuss für den Digitalfunk DOS Position bezogen:

„Der Lenkungsausschuss

1. bekräftigt das Ziel von Bund und Ländern, spätestens bis Ende 2010 bundesweit einheitlich die Funkversorgung der BOS auf digitaler Basis eingeführt zu haben;
2. stimmt der Bewertung des BMI zu, dass das Angebot der Bahn vom 30.11.2006 und das ergänzende Angebot vom 12.12.2006 aus inhaltlichen Gründen, aber auch unter preislichen und Kostenaspekten sowie der veränderten Risikoverteilung weder tragfähig noch verhandlungsfähig ist;
3. hält es für erforderlich, das vom BMI vorgelegte „Alternative Konzept“ umgehend inhaltlich und kostenmäßig weiter zu entwickeln, damit eine abschließende Entscheidung von Bund und Ländern bis spätestens 31.03.2007 getroffen werden kann, und sieht auch für das alternative Modell als grundlegende Voraussetzungen an: gemeinsame und einheitliche Einführung bei Bund und allen Ländern, Einhaltung einheitlicher Funkstandards, Kostenrahmen auf der Grundlage der STEM-Kalkulation, Beibehaltung der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Kostenverteilung;
4. nimmt die Absicht des BMI zustimmend zur Kenntnis, umgehend mit dem Aufbau einer Referenzplattform zu beginnen, um so schnell wie möglich die technischen und praktischen Grundlagen für die Errichtung des Gesamtnetzes zu schaffen.“

**GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg bringt die Lage auf den Punkt: „Kurz gesagt: Ein weiteres Desaster bei der Einführung des Digitalfunks! Ein wahrlich blamables Ergebnis“.** Für **Ernst Scharbach**, Vorsitzender der GdP in Rheinland-Pfalz, ist wichtig, dass Bund und Länder an einem gemeinsamen Aufbau des Digitalfunknetzes auf der Basis der bereits getroffenen Beschlüsse und Vereinbarungen festhalten. Rheinland-Pfalz wird hier in diesem Verbund seinen Beitrag leisten.

**Helmut Knerr**, stellvertretender Landesvorsitzender und zuständig für technische Fragen in der rheinland-pfälzischen GdP, ist fest davon überzeugt, dass durch die Einrichtung der **Projektgruppe „DigiFu“** unter Führung des Kollegen **POR Reiner Hamm** ein solides Fundament für die Einführung des Digitalfunks in Rheinland-Pfalz entsteht.